macht, daß die hinzugezogenen Akten Zeitzeugen sind, also historische Quellen, die geschichtlich, soziologisch und psychologisch eingeordnet werden müssen und können, und daß eine direkte Verwendung auch Gefahren in sich birgt. Die an der Universität jetzt zu treffenden strukturellen und personellen Entscheidungen müssen mit Sachkenntnis getroffen werden, wie z. B. die Schließung belasteter Fächer oder die Entscheidung über Kündigung und Weiterbeschäftigung von Personen. Der Ausschluß von Erpreßbarkeiten ist sicherlich eher eine Sache der Ehrenkommission, spielt aber in die Arbeit unserer Arbeitsgruppe auch mit hinein. Primär, denke ich, ist es auch an uns, Rehabilitierungsfälle zu beschleunigen und zu unterstützen. Sowohl eine materielle als auch eine ideelle Rehabilitation ist an einer Universität bisher kaum möglich, weil Gesetze fehlen. Ein Rehabilitierungsgesetz gibt es nicht, und die materiellen Möglichkeiten der Universität sind sehr begrenzt.

Rehabilitierungskommission ehem. Einrichtungen gem Art. 36 EV, Silvia Müller: Mein Name ist Silvia Müller. Ich spreche hier gleich für zwei Projekte im Medienbereich, die sich mit der Aufarbeitung sowohl der Geschichte und Struktur wie auch der gesellschaftlichen und individuellen Folgen der SED-Diktatur befassen. Die erste Initiative ist die Rehabilitierungskommission der ehemaligen Rundfunkeinrichtung gemäß Artikel 36 des Einigungsvertrages. Sie bildete sich auf Veranlassung des Hörfunkrates, dessen Mitglied ich war, bereits im Frühjahr 1990, also kurz nach Konstituierung der frei gewählten Volkskammer der DDR, im inzwischen veränderten DDR-Rundfunk. Auch durch Beteiligung der Redakteurs- und künstlerischen Räte sowie durch Einflußnahme neu entstandener demokratischer Parteien im Funkhaus Berlin-Nalepastraße wurde die in diesen Tagen amtierende Generalintendanz dazu veranlaßt, der Einrichtung einer Rehabilitierungskommission zuzustimmen und sie mit entsprechenden Vollmachten auszustatten. Seit ihrer Gründung sieht die Rehabilitierungskommission ihren besonderen Auftrag darin, politische Unrechtsentscheidungen und Repressionen aufzuklären, die gegen Journalisten, Künstler und andere Rundfunkmitarbeiter in 40 Jahren autoritärer Medienpolitik des SED-Staates verhängt wurden, wenn sie sich seinen Doktrinen verweigert hatten. Als die Rehabilitierungskommission im Mai 1990 ihre Arbeit aufnahm, gab es noch die Illusion, daß auch die Täter – die Verantwortlichen für die unterschiedlichen Repressionen, von der fristlosen Entlassung bis zur Strafverfolgung – an den Beratungstisch geholt werden könnten. Die begrenzten juristischen Befugnisse der Kommission verhinderten dies leider, und in der Mehrzahl waren die Verantwortlichen auch schon nicht mehr Mitarbeiter im Rundfunk. In Anhörungen und durch zusätzliche Recherchen in Personalunterlagen und internen Aktennotizen wurden und werden Rehabilitierungsanträge Betroffener geprüft. Erwiesene berufliche Benachteiligung oder Ausgrenzung, Berufsverbote, ungerechtfertigte Entlassungen und dergleichen werden in Erklärungen dokumentiert, um so das in der Öffentlichkeit geschä-

digte politisch-moralische Ansehen der Betroffenen wiederherzustellen. Wenn über eine Wiedereinstellung ein angemessener Ausgleich für erwiesenes Unrecht zu erreichen war, machte sich die Kommission zum Befürworter solcher Wünsche, denn für finanzielle Wiedergutmachung gab und gibt es leider noch immer keine rechtliche Grundlage. Seit Mai 1991 ist die Kommission auf Veranlassung des damaligen Rundfunkbeauftragten Mühlfenzl auch für die Anträge ehemaliger Mitarbeiter des DDR-Fernsehens zuständig. Als Bilanz ließ sich im Juni dieses Jahres festhalten: 82 Wiedergutmachungsanträge wurden an die Kommission gerichtet, davon 49 aus dem Hörfunkbereich, 33 aus dem Fernsehfunk. Die Kommission konnte 53 Rehabilitierungsfälle anerkennen und in Erklärungen bestätigen. Diese Erklärungen wurden bis zum 31. Dezember 91, also bis zum Zeitpunkt der Auflösung der Einrichtung, im Funkhaus Nalepastraße und im Deutschen Fernsehfunk Adlershof öffentlich ausgehangen. Hinter jedem der hier „Fälle“ genannten Schicksale verbirgt sich eine bewegende Lebensgeschichte. Es sind Lebensberichte von großer Eindringlichkeit, die eine andere als die aus offiziellen Dokumenten bekannte Geschichte des DDR-Hörfunks und -Fernsehens nachzeichnen. Nach unserer Ansicht können sie zu einer differenzierten Darstellung des Mediensystems der DDR wesentlich beitragen. Seit Januar diesen Jahres ist die Tätigkeit der sieben gewählten und unentgeltlich arbeitenden Kommissionsmitglieder an den Auftrag der NFL-Gesellschaft zur Abwicklung der Rundfundkeinrichtung gebunden. Dieser gilt nur noch bis zum 31. Dezember diesen Jahres. Sorge macht uns, wie mit neu eingegangenen Rehabilitierungsanträgen nach dem 31. Dezember verfahren werden soll. Ist es nun das „Pech der Zu-spät-Gekommenen“, wenn wir ihren Anspruch auf Wiedergutmachung abweisen müssen? Es belastet uns, wenn einzig durch ein Datum der Glaube an rechtsstaatliche Aufarbeitung berechtigter Ansprüche aus der Vergangenheit des SED-Staates erschüttert werden sollte. – Vielleicht ist – für Sie als Mitglieder der Enquete-Kommission des Bundestages – noch mein persönliches Motiv für diese Arbeit von Interesse. Ich selbst erhielt 1984, als Journalistin bei der „FF dabei“ Berufsverbot aufgrund meines Engagements in der Friedensbewegung der DDR. Im Berliner Verlag wurde niemals eine Rehabilitierungskommission gebildet, auch nicht nach der Übernahme durch Gruner und Jahr. Zum Teil sind damals Verantwortliche nach wie vor in Verantwortung, nun bei Gruner und Jahr. Keiner hat sich je bei mir entschuldigt.

Nun zur zweiten Initiative, für die ich hier spreche. Die Arbeitsgruppe **„Exemplarische Aufarbeitung der 40-jährigen Geschichte des DDR-Rundfunks und seiner Struktur“** entstand im Mai 1991, als sich nach einjähriger Tätigkeit der Rehabilitierungskommission die Notwendigkeit einer historischen Aufarbeitung der diesen politischen Konfliktfällen zugrunde liegenden Struktur des DDR-Rundfunks abzeichnete. Während die Rehabilitierungskommission mit dem pragmatischen Ansatz politisch-moralischer Wiedergutmachung

auf Betroffene reagiert, die sich von sich aus an die Kommission wandten, untersucht die Arbeitsgruppe zur Rundfunkgeschichte die Ebenen der Verantwortung, die politischen und kulturpolitischen Mechanismen des Unrechts im DDR-Rundfunk historisch. Ich möchte dies einmal an einem Beispiel veranschaulichen. Im Gründungsmonat der DDR wurde Heinz Schmidt, damaliger Intendant des Berliner Rundfunks, durch Politbürobeschluß „ wegen nationalistischer Überheblichkeit seiner Funktion enthoben". Heinz Schmidt lebt nicht mehr und steht somit für viele, die sich nicht mehr an eine Kommission wenden können, um zur Aufarbeitung der SED-Vergangenheit beizutragen. Im Zentralen Parteiarchiv der SED in Berlin fand ich das Protokoll einer siebenstündigen Sitzung, zu der das erweiterte Parteiaktiv Berliner Rundfunk am 30. Oktober 1949 eigens ins Zentralsekretariat der SED geladen wurde. Dort nannte Hermann Axen Hintergründe und wies die politische Linie: „Es geht in diesem Fall am wenigsten um den Genossen Heinz Schmidt, sondern es geht um die Frage der Partei, der Partei neuen Typs, um die Frage der Abwehr aller feindlichen Kräfte, auch jener ideologischen Infiltration des Feindes, die man auf den ersten Blick als solche nicht erkennen kann. Denn der Gegner wird, wie der Rajk-Prozeß und die Moskauer Prozesse bewiesen haben, nicht offen auftreten, sondern mit Leuten, die nach außen scheinbar Verdienste um die Arbeiterbewegung errungen haben."

Ein anderer Fund aus dem Bundesarchiv Potsdam ist ein 1961 verfasster „Bericht über die Kaderentwicklung im Deutschen Demokratischen Rundfunk". Darin wird die allmähliche Zentralisierung des Rundfunksystems mit ihren gesellschaftlichen und individuellen Folgen schwerster Tragweite beschrieben. „1951/52 erfolgte eine durchgreifende Reorganisation... systematisch wurden etwa 1000 klassenfremde und schwankende Elemente, vor allem in Berlin, ausgeschaltet... Die Bildung des Staatlichen Rundfunkkomitees war eine entscheidende Maßnahme bei der Säuberung des Rundfunks... Nur die besten, unserer Partei und Regierung treu ergebenen Mitarbeiter wurden übernommen... Es wurden in enger Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Agitation und Propaganda (des ZK der SED), der Parteileitung des Rundfunks und dem Komitee Diskussionen über Sendungen und zurückgewiesene Beiträge auf den verschiedenen Ebenen innerhalb des Rundfunks geführt... Entscheidungen über Kaderfragen wurden von der ideologischen Standfestigkeit des Mitarbeiters abhängig gemacht. So wurden wiederholt wichtigste Entscheidungen über Umbesetzung, Beförderung und Degradierung nach ideologischen Diskussionen gefaßt." Zusammen mit einigen engagierten Mitarbeitern tragen wir in unserer Arbeitsgruppe zur Rundfunkgeschichte aus den verschiedenen Archiven Dokumente zusammen. Die Auseinandersetzung mit pauschalen Interpretationen des Stalinismus soll verbunden werden mit einer strukturellen Analyse der jeweils historisch und politisch determinierten SED-Medienpolitik am Beispiel des DDR-Rundfunks. Dazu soll die Rolle der Ideologie in der

DDR unter folgenden Gesichtspunkten untersucht werden: In ihrer politischen Funktion als Legitimationsinstrument; die Funktionalisierung der Medien und ihre ideologische Instrumentalisierung unter dem Diktat der Politik; herrschendes Bewußtsein als Bewußtsein der Herrschenden; und Herrschaftstechniken von Manipulation und Mobilisierung aus ideologiekritischer Sicht. Dabei setzt die Arbeitsgruppe exemplarisch für wesentliche politische Konfliktfälle zeitliche Schwerpunkte. Das Archivalienstudium wurde von uns bereits und soll weiter durch lebensgeschichtlich angelegte Interviews ergänzt werden. Durch diese Interviews mit Journalisten, Künstlern, ehemaligen Leitungskadern und Parteifunktionären aus den für Agitation und Propaganda zuständigen SED-Apparaten sollen die der Ideologie zugewiesenen Aufgaben in der Medien-, Kultur- und Personalpolitik weiter erhellt werden. Zusammenfassend besteht also der besondere Wert dieser Arbeit darin, über Rehabilitierungen hinausgehend mit Hilfe von Dokumenten und Zeitzeugen Strukturen aufzuarbeiten und damit eine Analyse des Systems der Vermittlung des Herrschaftsdenkens als gesellschaftliches Bewußtsein abzugeben. Bisher fehlt es der Arbeitsgruppe jedoch an jeglicher gesellschaftlicher Anerkennung und Unterstützung des Projektes. Die Arbeitsgruppe, die bis 1991 vom Funkhaus Nalepastraße gestützt wurde, besteht seit Januar nur noch als eine freiwillige Arbeitsgemeinschaft von „Idealisten“, so muß man es wohl beschreiben. Meine sieben Mitstreiter und ich engagieren sich ohne eine finanzielle Entschädigung, allein der Sache wegen, bislang noch. Dringend benötigte Arbeitsmittel wie Kopierer, Computer, Diktiergeräte, Kassetten, Disketten usw. stehen nicht zur Verfügung. Die Interviews müssen mühsam selbst transkribiert werden, weil Honorargelder fehlen. Zu befürchten ist, daß ohne finanzielle und materielle Förderung des Projektes unsere Forschungsarbeit vorzeitig und ohne Abschluß abgebrochen werden muß. Daher ist es uns wichtig, von Ihnen zu erfahren, ob über eine mögliche Arbeitsvereinbarung mit der Enquete-Kommission des Bundestags der Fortbestand der von mir vorgestellten zwei Initiativgruppen zu sichern wäre.

Umweltbibliothek Berlin – Domaschk-Archiv –: Die Umweltbibliothek ist eine Gruppe, die auch schon länger besteht. Ich möchte deshalb kurz in die vergangenen Jahre ausholen. Die Umweltbibliothek Berlin wurde 1986 in den Kellerräumen der Zionskirchgemeinde bei Pfarrer Simon im Rahmen der damaligen Möglichkeiten in der DDR als Gruppe innerhalb der Evangelischen Kirche gegründet. Im Juli 1990 wurde sie als Verein eingetragen. Der Trägerkreis der Umweltbibliothek, der Friedens- und Umweltkreis, bestehend seit 1983, hat es von Anfang an als sein Anliegen gesehen, die Zusammenhänge zwischen Ausbeutung der Umwelt, Ausbeutung im eigenen Land und Ausbeutung der Dritten Welt zu erarbeiten und öffentlich darzustellen. In diesem Zusammenhang und zu diesem Zweck entstand auch 1986 die Bibliothek, die eine intensivere Art von Öffentlichkeitsarbeit ermöglichen sollte. Ebenso seit 1986